Berlin.
Donnerstag, 4 Juni.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 254.
1857. — 10ter Jahrgang.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Jnvalidenstr. 61.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Kassel: Budgetverhandlung; Herr Hansemann; Gerüchte über einen Ministerwechsel. Altenburg: das Wahlgesetz. Luxemburg: Ministerwechsel.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: Tagesbericht.
Belgien. Brüssel: die letzten Unruhen. Antwerpen: Ankunft des Großfürsten Konstantin.
Frankreich. Paris: die Wahlen; vom Hofe; aus Algerien.
Großbritannien. London: die belgischen Zustände; der Besuch des Großfürsten Konstantin.
Schweden. Stockholm: der Wohlthätigkeitskongreß; das Eisenbahnprojekt.
Amerika. Newyork: Vorschläge der Regierung von Nengranada. Aus Westindien.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

* **Kassel**, 3. Juni. Die zweite Kammer eröffnete heute ihre Sitzungen wieder mit der Fortsetzung der Verhandlungen über das Budget. An der Reihe war der Etat des Ministeriums des Innern, der, wie ich neulich schon berichtete, dem Finanzausschuß zu mannigfachen Ausstellungen im Sinne größerer Oekonomie Veranlassung gegeben hatte. Bei den Abstimmungen stand die Kammer in ihrer überwiegenden Mehrheit getreulich zu ihrem Ausschuß und an ihrer festen Haltung prallte die eingehende Beweisführung des Landtagskommissars, der heute noch durch einen Referenten des Ministeriums des Innern als Spezialkommissar unterstützt wurde, erfolglos ab. Nachdem der Etat bis zum Tit. VIII. „vom Medizinalwesen" durchberathen war, wurde die Sitzung wegen vorgerückter Zeit geschlossen. Aus dem Beginn derselben erwähne ich nachträglich mit Bezug auf Das, was in meinem letzten Bericht über die Stimmung der in der zweiten Kammer vertretenen Elemente hinsichtlich des Gesetzentwurfs über den Güterschluß bemerkt ist, den Eingang einer Mehrzahl von Petitionen aus dem Hanauischen, worin die Ablehnung des gedachten Gesetzes gefordert wird.

Herr Hansemann aus Berlin weilt seit einigen Tagen hier und hat mit dem Vorstand des Finanz-Ministeriums mehrfach konferirt; man vermuthet, in Beziehung auf die Vermittlung eines zur Deckung des Finanzdefizits nothwendig werdenden Anlehens. Vage Gerüchte bezeichnen ihn als künftigen Finanzminister (?), wie man denn im Allgemeinen den Bestand des dermaligen Ministeriums wieder hier und dort in Frage stellen hört — ob mit Grund und auf bestimmte Veranlassung, vermag ich Ihnen für jetzt noch nicht zu sagen. Thatsache scheint nur zu sein, daß der Kurfürst seit einiger Zeit in größerem Maßstab diejenige Abneigung zeigt, auf die Anträge seiner Minister willfährige oder überhaupt nur eine Entschließung zu geben, welche regelmäßig nach der früheren Erfahrung einer Kabinets-Krisis vorauszugehen pflegt.

* **Oldenburg**, 1. Juni. Das hiesige Gesetzblatt bringt als wichtigstes Ergebniß der letzten ständischen Diät das Gesetz über die Landtagswahlen. Bekanntlich begnügte sich die Regierung nicht mehr mit der im Jahre 1850 bewirkten Revision des Wahlgesetzes von 1848 und stellte deshalb im Verordnungswege das Grundgesetz von 1831 wieder her. Jetzt haben die gegenwärtigen Stände hierzu, d. h. zu ihrer eigenen Existenz, ihre Zustimmung ertheilt. Das nunmehr veröffentlichte Gesetz weicht von dem des Jahres 1831 mit seinen 24 Abgeordneten (8 Rittergutsbesitzer, 8 Städter, 8 Bauern) nur darin ab, daß die Abgeordneten jener drei Stände mit einem des Handels- und Fabrikstandes vermehrt, daß die den Landtag in einigen Beziehungen vertretende Landesdeputation aufgehoben und die zwölfjährige Wahlperiode in eine sechsjährige, bei welcher nach Verlauf von drei Jahren 12 Abgeordnete ausscheiden, verwandelt worden.

Luxemburg, 1. Juni. Die seit mehreren Monaten zirkulirenden Gerüchte über Ministerwechsel haben heute endlich ihre Erledigung dahin gefunden, daß Generalprokurator Augustin das Portefeuille der öffentlichen Bauten übernimmt, das bis dahin von Hrn. v. Scherff bekleidet worden. Herr v. Scherff soll indessen Titular-Minister bleiben und mit der Erledigung unserer Eisenbahn-Angelegenheiten betraut sein. Augustin ist so ziemlich der unpopulärste Mann des Landes und sollte sogar, seines Benehmens von 1848 halber, wo er seine Mitbürger ungerecht verdächtigte, sich früher die Ungunst des Prinzen zugezogen haben. Danach ist die Aufnahme dieser Ernennung im Publikum zu ermessen. — Von einer Zusammenberufung der Stände ist noch immer keine Rede. Die Regierung scheint sich bis heute noch nicht einmal über das Wahlgesetz geeinigt zu haben. (K. Z.)

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien**, 2. Juni. Die „Oesterr. Korr." widerspricht mit großer Entschiedenheit dem von der „Indépendance belge" mitgetheilten Gerüchte, das hiesige Kabinet habe sich nach Neapel mit dem Ansuchen gewendet, auch seinerseits die diplomatischen Verbindungen mit Sardinien abzubrechen, die neapolitanische Regierung habe dies aber abgelehnt. Das halbamtliche Organ erklärt das vorgebliche Resultat wie die ganze Thatsache überhaupt für erfunden. — Die hiesige Regierung soll gegen die preußische (wie es heißt in einer nach Berlin gesandten Note) den Wunsch ausgesprochen haben, gleichzeitig mit den Zollvereinsstaaten in die Verhandlungen wegen des Verbots, resp. der Zulassung fremder Banknoten einzutreten. — Der Kaiser hat dem ungarischen Flüchtlinge Stephan Gorove von Gattaja die straffreie Rückkehr gestattet und ihm zugleich Nachlassung der kriegsrechtlich verhängten Konfiskation seines Vermögens bewilligt; ferner dreien minder gravirten Sträflingen in Debreczin die Strafe ganz und einem vierten theilweise erlassen. — Nachdem die Grundentlastungs-Landeskommission zu Temesvar die Durchführung des Grundentlastungsgeschäftes, in so fern es sich um die Ermittelung und Liquidirung der aus Landesmitteln zu leistenden Urbarial- und Zehententschädigung handelte, beendet hat, wurde dieselbe von dem Minister des Innern durch Erlaß vom 9. Mai aufgelöst. Zugleich wurde angeordnet, daß die in Grundentlastungs-Angelegenheiten noch vorfallenden Geschäfte an die unter der Leitung des Statthalterei-Vicepräsidenten stehende Grundentlastungs-Fonds-Direktion übergehen.

Nach dem neusten Bülletin aus Verona vom 2. Juni hat sich der Zustand des Marschalls Radetzky nicht verschlimmert. (Die Turiner Blätter meldeten irrthümlich seinen Tod.) — In der Nacht zum 1. d. M. langte die Leiche der verstorbenen Erzherzogin mittelst Separattrain von Pesth hier an und wurde nach feierlicher Einsegnung in der kaiserlichen Gruft beigesetzt.

Belgien.

Brüssel, 2. Juni. Die heutige Ankündigung im offiziellen Blatte gesteht auf der einen Seite zu, daß die Unordnungen zu Ende sind, während es zugleich die Einberufung von 20,000 Mann meldet, um den diesen Unordnungen zu begegnen. Sind die Unruhen wirklich so ernst gewesen, um eine so kostspielige, aufregende und in jeder Beziehung störende Maßregel zu rechtfertigen. Es handelte sich doch keineswegs um eine Revolution. Der erste Ruf, der ausgestoßen ward, galt dem Könige, der zweite der Konstitution. Die Maßregel, von welcher der „Moniteur" Kunde gibt, erscheint deshalb undeutlich und ungerechtfertigt, in so fern sie nicht eine außerhalb unserer Landesgrenze liegende Begründung haben sollte. — Unsere Stadt, die mit ihrer Umgebung gestern nicht weniger als 18,000 Mann Truppen in sich schloß und deren Anblick in Folge der verdoppelten Posten und des vielfach umherziehenden Militärs sehr an eine belagerte Festung erinnerte, ist bereits heute von einer Anzahl dieser kriegerischen Gäste verlassen worden. Das ist weise gehandelt, denn die Anwesenheit so vieler Degen und Kanonen hatte zu den beunruhigendsten Gerüchten Veranlassung gegeben. Man sprach von einem beabsichtigten Staatsstreiche, von dem Entschlusse der Regierung, die Kammern sofort einzuberufen und das Gesetz unter dem Schutzdache der Bayonnette votiren zu lassen, und dergleichen mehr. — Die klerikalen Journale fangen nunmehr gleichfalls an, die nochmalige Vorlage des Wohlthätigkeits-Gesetzes als eine Unmöglichkeit zu betrachten. Die „Emancipation" bestätigt bei dieser Gelegenheit eine frühere Meldung, indem sie berichtet, daß zwölf Mitglieder der Rechten, wenige Tage vor Ausbruch der Unruhen, die Rücknahme des Gesetzes beantragten, da der bekannte Ausspruch des hiesigen Kassationshofes weit annehmbarer sei, als der Entwurf. — Nichts Neues über die ministerielle Krisis. Sie besteht, das ist gewiß; in welcher Weise jedoch und ob das Gesammtministerium oder nur einige Mitglieder desselben zurücktreten werden, darüber liegt Verläßliches nicht vor. Am meisten Wahrscheinlichkeit scheint das Gerücht zu haben, das Herrn DeDecker die Absicht zuschreibt, einen oder den anderen seiner ausscheidenden Kollegen durch Mitglieder des linken Centrums zu ersetzen. Der Name des Herrn de Brouckere (nicht des Bürgermeisters, sondern seines Herrn Bruders, des Ministers von 1852) taucht bei dieser Gelegenheit auf. — Die gesammte königliche Familie mit zahlreichem Gefolge ist heute Morgens nach Antwerpen abgereist, um daselbst den Großfürsten Konstantin feierlich zu begrüßen. Letzterer wird sich morgen nach dem Haag begeben, und die königliche Familie, deren Empfang zu Antwerpen von Seiten der Bevölkerung ein außerordentlich herzlicher gewesen, wird schon morgen Abends hier wieder eintreffen. — Die an dem Hause des Hrn. Coomans vom Volke verursachten Schäden, auf deren Ersatz durch die Stadt der Deputirte aus freien Stücken verzichtet hat, belaufen sich nach Schätzung der Sachverständigen nur auf 57 Franken. (Köln. Ztg.)

— Die belgische Presse unterzieht die gegenwärtige Lage lebhaften Erörterungen. Die für den Gesetzentwurf kämpfenden Blätter meinen, man dürfe sich von den letzten Tumulten nicht irre leiten lassen, da sie nur von gebildeten Leuten, von solchen, die den höheren Ständen und den vermögenden Klassen angehören, ausgegangen seien, wobei dann hinzugefügt wird, daß die eigentliche Nation, die Arbeiter und das Landvolk, das Gesetz wolle. Die „Independance" erklärt, es liege nicht an der Linken, wenn das Gesetz eine so große Aufregung hervorgerufen habe, wenigstens habe sie Monate lang von der Tribüne herab und in der Presse dagegen gesprochen und geschrieben, wogegen die Rechte auch nicht die mindeste Nachgiebigkeit an den Tag gelegt habe, vielmehr jegliches Amendement zurückgewiesen worden wäre. — Selbst der „Nord", welcher sich im Allgemeinen der Besprechung inländischer Angelegenheiten enthält, sieht sich veranlaßt, in einem Leitartikel die letzten Vorgänge als „unparteiischer Zeuge" zu besprechen. Er meint, daß eine Auflösung der Kammern äußerst unwahrscheinlich ist, weil dadurch die Aufregung über das ganze Land verpflanzt würde. Die Wahlagitation könne der Rechten nicht willkommen sein, welche die Majorität in der Kammer besitze, und ebenso wenig der Linken, der ein Wahlerfolg in diesem Augenblick nur von Nachtheil sein würde, weil man ihr neues Ministerium als ein aus einem Aufstande hervorgegangenes bezeichnen würde. Es sei deshalb zu wünschen, daß bis zur gewöhnlichen Wahlzeit, wenn das Land selbst eine entscheidende Erklärung abgeben könne, die Berathung dieses Gesetzes verschoben würde, falls es eine Unmöglichkeit wäre, durch neuere Debatten eine Vermittelung zwischen beiden Parteien hervorzurufen.

Aus den Provinzialstädten berichtet man noch einige weitere Ausbrüche der Volksstimmung. Wie in Namur und Ostende wurde in Brügge am Sonnabend Abends den liberalen Abgeordneten, den Herren Devaux Sinave und Coppieters, ein Ständchen gebracht, dabei Lebehochs für den König und die Liberalen ausgebracht und gerufen „Nieder mit dem Käppchen (A bas la calotte!), nieder mit den Klöstern!" Bei heftigem Regen ging die Volksmasse unter Absingung der Brabançonne nach Hause. Um 1 Uhr Nachts zeigten sich noch etliche 50 Menschen vor dem bischöflichen Palaste, doch kam es zu keiner Kundgebung. In Gent und Mons wird der Gemeinderath eine Adresse an den König im Sinne derjenigen des brüsseler Gemeinderathes abfassen und unterzeichnen. In Mons blieb am 1. d. Alles ruhig, doch erfolgten mehrere Berhaftungen.

* **Antwerpen**, 2. Juni. Der König, der Herzog und die Herzogin von Brabant, der Graf von Flandern und die Prinzessin Charlotte wurden heute Morgen hier auf dem Bahnhofe mit lebhaftem Zurufe empfangen. Um 1½ Uhr wurde der Großfürst Konstantin, der mit einem Extrazuge eintraf, vom Herzoge von Brabant und dem Grafen von Flandern auf dem Bahnhofe erwartet und ins Palais geführt. Der Großfürst wird morgen auf der holländisch-belgischen Bahn nach dem Haag weiter reisen und in Rotterdam von dem Prinzen von Oranien und Prinzen Heinrich empfangen werden. Heute um 2 Uhr Nachmittags war im Palais Dejenner, dem der König Leopold, die königliche Familie und der Großfürst beiwohnten. Hierauf überbrachte Graf Vilain XIV., Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Großfürsten von Seiten des Königs das große Band des Leopold-Ordens. Der König und die königliche Familie führten den Großfürsten sodann Nachmittags nach der Börse, der Kathedrale, dem Museum, der Citadelle und dem zoologischen Garten. An der Börse wurden sie mit lautem Zuruf begrüßt.

Frankreich.

⁂ **Paris**, 2. Juni. Die Börse war heute sehr bewegt; die Rente sowie überhaupt alle Papiere sanken. Verschiedene Einflüsse scheinen hierbei maßgebend gewesen zu sein. Es wird die Flauheit der Geschäfte sogar auch theilweise dem Umstand zugeschoben, daß das Pariser demokratische Wahlkomité heute zusammengetreten ist. Anderseits, und dies möchte der praktische Grund sein, sprach man wiederholt von der Absicht des Herrn Mirès sich von den Geschäften zurückzuziehen. Im letzteren Falle würde der vielgenannte Banquier natürlich liquidiren, was dann eine bedeutende Menge von Papieren auf den Markt werfen würde. — Das „Siècle" hat eine Menge von Protesten erhalten, welche sich auf die von diesem Journale aufgestellte Theorie unbedingter Theilnahme an den Wahlen bestehen. Die Unterzeichner des Protestes sind für das Wählen, doch unter der Bedingung, daß die Wahlen wirklich frei seien. — Der König von Baiern dürfte schwerlich die Vermittelung wegen Neapels zu Stande gebracht haben, die er hier beiläufig angeregt haben soll. Es heißt, man habe die Eröffnung des Königs sehr höflich entgegengenommen, aber darauf habe sich alles beschränkt.

⁂ **Paris**, 2. Juni. Das „Siecle" sucht das Rundschreiben des Ministers des Innern über die Wahlen im möglichst günstigen Lichte aufzufassen und seine Partei bei der von ihm aufgepflanzten Fahne festzuhalten, trotz des nicht geringen Widerspruches, welcher aus deren Mitte laut wird." Die Regierung, sagt Herr Havin u. A., wird ihre Kandidaten vorschlagen, wie sie den Deputirten Gesetze vorschlägt. Ihnen gegenüber können auch Andere frei auftreten. Während der Wahlperiode, d. h. schon jetzt, kann jeder Kandidat, welcher ein von ihm unterzeichnetes Exemplar seines Cirkulars, seien es Glaubensbekenntnisse oder Stimmzettel, gerichtlich hinterlegt, dasselbe ohne weitere Ermächtigung austheilen. Ein jeder Wähler kann sein Votum schreiben oder schreiben lassen. Ein jeder Wähler, der eine Kandidatur vertreten will, wird die Wahlzettel frei austheilen lassen können, wenn auf einem dieser gesetzlich hinterlegten Bülletins die Unterschrift des Kandidaten dessen Beistimmung darthut. Wir diskutiren diese Bedingungen unserer Freiheit nicht, wir hätten sie umfassender gewünscht; wir nehmen Akt davon. Doch sagt der Minister nicht, — und wir glauben, das ist eine Lücke — bei welchem Gericht der Wahlzettel und die anderen auf die Wahlen bezüglichen Aktenstücke hinterlegt werden sollen, oder ob der Kandidat und der Wähler in dieser Beziehung die freie Wahl haben." Herr Havin hofft, der Minister werde sich deutlich hierüber aussprechen. Man sieht schon aus diesem einen Wunsche, wie gründlich das ganze Wahlgeschäft verzaubert ist. — Obwohl die Regierung grundsätzlich die alten Kandidaten wieder aufgenommen hat, so fehlt es doch nicht an einigen Ausnahmen. Graf Montalembert gehört bekanntlich zu den Deputirten, welche die Regierung aus ihrer Liste gestrichen hat. An seiner Stelle tritt im Doubs-Departement für die Regierung der Kammerherr des Kaisers, Marquis de Coneglianos, auf, der sich vor Kurzem mit der Tochter des reichen rouener Fabrikanten Levassenr verheirathet hat. Montalembert wird jedoch auch, aber für seine eigene Rechnung, Kandidat bleiben. Sein Wahlmanifest ist bereits fertig und wird in Kurzem in Besançon vertheilt werden. Auch der Herzog von Uzès gehört zu denjenigen der früheren Deputirten, welche die Regierung hat fallen lassen.

Heute um 5 Uhr fand auf dem Long-Champs des Boulogner Gehölzes die Kavallerie-Revue zu Ehren des Königs von Baiern statt. Der Kaiser, den König und den Prinzen Napoleon zur Seite und von einem glänzenden Stabe umgeben, so wie die Kaiserin mit der Großherzogin Stephanie und der Prinzessin Marie von Baden (Herzogin von Hamilton) wohnten der Revue bei. Die Truppen führten einige Manöver aus und defilirten dann unter den bekannten Rufen. Die ganze fashionable Welt, die jeden Nachmittag das Boulogner Gehölz besucht, hatte sich heute auf dem Long-Champs Rendezvous gegeben. Die Fußgänger, d. h. das Volk, waren nur in geringer Anzahl repräsentirt. — Das gestrige Diner, das der Minister des Aeußeren, Graf Walewski, dem König von Baiern zu Ehren gab, zeichnete sich durch Pracht aus. Die Räume waren durch herrliche Gobeline, kostbare Statuen und Vasen, die der Kaiser dem Minister zur Verfügung gestellt hatte, geschmückt. Hinter Blumen und Sträuchern versteckt war ein Musikkorps aufgestellt, das den König mit der National-Hymne begrüßte und während der Tafel gewählte Stücke deutscher Meister vortrug. Die Herzogin von Hamilton, der päpstliche Nuntius, der preußische und bairische Gesandte und deren Gemahlinnen, die Minister, die Marschälle Pelissier, Canrobert und Bosquet, die Adjutanten des Königs, Baron Cetto, bairischer Gesandte in London, Baron Rothschild u. s. w. waren zu diesem Diner geladen. Nach demselben war großer Empfang. Der König verließ das Fest erst gegen Mitternacht. Nachmittags hatte der König der Königin Christine einen Besuch zu Malmaison abgestattet.

Seitdem es gewiß ist, daß der Kaiser von Rußland Deutschland besuchen wird, tauchen hier die Gerüchte von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers Napoleon mit demselben auf's Neue auf, obwohl dafür bis jetzt kein weiterer Anhalt vorhanden ist. Graf Kisseleff, der russische Gesandte wird, wie der „Nord" meldet, einen zweimonatlichen Urlaub antreten. Derselbe hat gestern dem Kaiser den Brief seines Monarchen überreicht, in welchem die Geburt des Großfürsten Sergius angezeigt wird. Nach dieser Audienz erfolgte die des Lord Cowley, der auf Urlaub nach London geht, so wie die des portugiesischen Gesandten Baron von Pavia, der so eben von Lissabon wieder auf seinen Posten zurückgekehrt ist. — Fürst Bogorides soll zu seiner Rechtfertigung einen Sekretär mit einer besonderen Mission an die hiesige Regierung geschickt haben. — Lord Brougham, auswärtiges Mitglied der Akademie der Wissenschaften, wohnte gestern einer Sitzung derselben bei. Er trug eine Denkschrift über mathematische Fragen vor. — Herr Germiny ist gestern vom Kaiser in St. Cloud empfangen worden, und man glaubt, seine Ernennung zum Bank-Gouverneur sei festgesetzt.

Der „Moniteur" enthält ein Dekret vom 20. Mai, wodurch das „Journal des Savants", das unter dem Justiz-Minister stand, in die Verwaltung des Unterrichtsministers übergeht. Diese gelehrte Zeitschrift wurde 1665 durch einen Rath des Pariser Parlaments gegründet, 1762 unter die Protektion des Staates gestellt und der Verwaltung des Kanzlers von Frankreich zugetheilt, in dessen Bereich damals alles gehörte, was Buchdruck und Buchhandel betraf. Von 1792 bis 1816 erschien das Journal nicht; als es 1816 wieder hergestellt wurde, ward es wieder zur Verwaltung des Justizministers als Kanzlers von Frankreich geschlagen und erhielt aus der Kasse des Siegels eine Unterstützung. Der Justizminister und der Minister des öffentlichen Unterrichts sprechen in ihrem Antrage die Ueberzeugung aus, daß der Einfluß dieses Journals bedeutend gewinnen werde, wenn es vom Ministerium des öffentlichen Unterrichts, dem Mittelpunkt der Arbeiten ausgeht, welche es vorbereiten und leiten soll. —